

Notizen

Kundgebung der Völkergemeinschaft

Die eingangsige Eröffnungsfeier im Olympischen Stadion ist vorüber. Aber der Eindruck, den sie auf alle gemacht hat, die Zeugen dieser denkwürdigen Stunde sein durften, ist ein bleibender und unvergesslicher. Die Teilnehmer an dieser Feierstunde haben sich schon längst wieder zerstreut. Sie weilen an den einzelnen Kampfstätten oder führen in ihren Hotels und Gaststätten, oder haben mit Sonderzügen die Olympia-Stätte schon wieder verlassen. Alle aber sind noch erfüllt und ergriffen von dem Aufmarsch der 28 Nationen.

Alle Gespräche in Marmisch-Bartenkirchen bewegen sich um den Festakt im Stadion. Wir hatten Gelegenheit, Ausländer über ihre Eindrücke von dem historischen Anlass zu befragen. Das Urteil lautete einheitlich und übereinstimmend: Es war eine Manifestation des Friedens, eine Kundgebung der Völkergemeinschaft, eine edle wahre Solidarität der Nationen. Und das gleiche dachten, — man konnte es ihnen von den Gesichtern ablesen — die Zehntausende von Bürgern, die aus dem Reich herbeigekommen waren. Also 50.000 Menschen und ein Gedanke, ein Wunsch, ein Sehnen, die Schnauze nach Büchern und Völkerverständigung.

Die disziplinierte und vor treffliche Haltung sämtlicher Wettkampfteilnehmer beim Einmarsch ins Stadion hat bei allen Anwesenden den besten Eindruck hinterlassen. Sammlung und Ernst sprachen aus den Augen der Olympioniken, aber auch die Freude, mit in den Reihen unter den Besten der Besten stehen zu dürfen, und antreten zu können im Kampf um eine Olympia-Medaille. Noch ist nichts verloren, noch träumen sie alle von einer bronzenen und einer Silbernen, oder gar einer goldenen Medaille. Die jungen Kameraden, die Deutschlands Farben vertreten, haben unser Vertrauen. Sie werden ihr alles einsetzen für Deutschland!

Schon wenige Stunden nach dem offiziellen Beginn haben die ersten Wettkämpfe begonnen. Die Hochschnipper mögten den Anfang. Zu Fuß, auf Schiern oder, wenn man Glück hatte, im geländegängigen Wagen wanderten die Zuschauermassen zu den Eisplätzen, während unaufhörlich die Glöckchen ziefeln.

Doch die Kämpfe um die Medaillen holt und die Entscheidungen knapp fällt werden, das hat am Donnerstag das Hochschnipper-Treffen zwischen Amerika und Deutschland bewiesen. Nunmehr aber soll die Lösung gelten: der Bessere möge siegen!

Die deutsche Stahlwaren-Ausfuhr

Die Bezeichnung „Made in Germany“ gilt für alle Waren, die es tragen, als ein Qualitätsausweis, der überall in der Welt geachtet wird. Dieser Qualitätsausweis hat noch verschiedene Unterstufen, von denen „Made in Solingen“ wieder eine besondere Geltung besitzt. Viele lauernde Kaufleute und Gobeln, Tafelmeister, Messermeister und Schmieden werden, meistens von Hamburg aus, in alle Welt verdonnert als überzeugende Beweise deutscher Qualitätssicherheit. In den vergangenen Jahren hat sich naturnäher auch in der deutschen Stahlwaren-Ausfuhr das Geschäft gewandelt. Während früher auch bessere und neuere Qualitäten in beträchtlichen Mengen exportiert wurden, so spielt sich heute das hauptsächlichste Gescheit nur noch in billigen Artikeln ab, die trotz des allgemeinen Rückgangs des Ausfuhrgeschäfts auch heute noch in großen Mengen nach den verschiedensten Absatzgebieten der Welt gelangen. Bei der erwähnten billigen Qualität, die trotz des geringen Preises eine wirklich gute Ware darstellt, handelt es sich bei den Messern und Gobeln zur Hälfte um Stahlwaren aus einem Stück, mit glatten und bunten Hesten. Weniger gehen dagegen, wegen des warmen und feuchten Klimas in Übersee, Bestecke mit Holzgriffen. Die verschiedenen Ausführungen der Weltmarktstoffsicherheit haben natürlich auch einen beträchtlichen Rückgang in der Ausfuhr der Solinger Stahlwaren mit sich gebracht, der im Vergleich zu 1929 heute allgemein auf mindestens rund 50 Prozent geschrägt werden kann. Trotzdem ist es erfreulicherweise gelungen, die Ausfuhr von kleinen Schreibwaren im Jahre 1935 gegenüber dem Vorjahr zweimal um 12 Prozent, mengenmäßig sogar um 17 Prozent zu steuern. Dabei ist die Entwicklung des Absatzes in den letzten Jahren in den einzelnen Gebieten durchaus unterschiedlicher gewesen. Die Ausfuhr nach einigen Staaten beträgt heute nur noch einen Bruchteil ihres früheren Umsanges, und andere Länder wiederum sind durch das immer stärker werdende Vorbringen der verschiedenen ausländischen Konkurrenten für die deutschen Erzeugnisse immer weniger aufnahmefähig geworden. So ist beispielweise das früher immerhin beträchtliche Geschäft nach den Vereinigten Staaten durch die hohen amerikanischen Einfuhrzölle nahezu unmöglich geworden. Ferner haben Brasilien, Indien und der Fernen Osten sowie Ost-Afrika hauptsächlich durch die japanische Konkurrenz als Abfahrtsgeschäfteständig an Bedeutung verloren. Als weitere Konkurrenten der deutschen Stahlwaren-Ausfuhr auf den verschiedenen Weltmärkten wären hauptsächlich noch Schweden, England, Finnland, Amerika und neuerdings auch die Tschechoslowakei zu nennen. Alle diese Lieferanten-Länder können auf Grund ihrer reduzierten Währungen naturgemäß besonders billig anbieten. Sie haben in letzter

Zeit, vielleicht auf Kosten Deutschlands, ansehnliche Erfolge hinsichtlich des Auslandsabsatzes ihrer Stahlwaren zu verzeichnen gehabt, die allerdings zu dem Vordringen Japans wiederum in keinem Verhältnis stehen. Für die deutschen Metallwarenwerke wird für den zukünftigen Export immer mehr die Qualität allein ausschlaggebend sein. Sie muss, trotz Willigkeit, weiterhin gefördert werden, wenn die heute noch vorhandenen Absatzmöglichkeiten erhalten bleiben sollen. Seit langem vorigen Jahres hat sich der Export bereits etwas erhöht. In letzter Zeit ist besonders Südamerika vor allem für Kompen-sationsgeschäfte in den Vordergrund getreten. Sicher in Südamerika bestehen gegenwärtig für deutsche Stahlwaren ebenfalls gute Absatzmöglichkeiten in Mexiko und Mittelamerika. Wie bereits erwähnt, sind jedoch auch diese Märkte seit langem von den leichten zu den mittleren und billigen Qualitäten übergegangen. Das im Vergleich zu früheren Jahren heute nur noch geringe Geschäft nach dem Fernen Osten, Indien und Ostasien in den billigen Artikeln bietet für die nahe Zukunft kaum nennenswerte Steigerungsmöglichkeiten, da diese Märkte gegenwärtig nahezu ganz von Japan beherrscht werden. Im übrigen wird sich das Geschäft mit der Zeit sicherlich im steigenden Maße auf der Kompen-sationsgrundlage abwickeln. Trotz der vielleicht schwierigen Durchführung dieser Art von Geschäften sollten sich bei längerer Dauer auch für den deutschen Stahlwarenexport wieder größere Absatzmöglichkeiten ergeben. Für solche Erfolge wird aber heute mehr denn je eine enge Zusammenarbeit aller an der Ausfuhr beteiligten Kreise unbedingte Voraussetzung sein.

Die Lage am Buttermarkt

Gebesserter Frischmilchverbrauch. — Gleichbleibender Bedarf.

Für die Entwicklung, die die deutschen Buttermärkte im Laufe des Monats Januar genommen haben, ist die Tatsache von Bedeutung, daß die Buttererzeugung der deutschen Milchherden

In den letzten beiden Wochen so gut wie unverändert geblieben ist.

Der Umstand, daß doch der bis vor kurzem noch geringfügige milde Witterung der Frischmilchherren eine beachtliche Zunahme erfahren hat, und daß der Eigenbedarf in der Landwirtschaft im Januar wieder normale Erhebung tritt, hat es bisher nicht in dem erwarteten Umfang zur Produktionsausweitung kommen lassen. Unwas günstiger gestalteten sich die Ablieferungen aus den süddeutschen Milchereigebieten. Da aber hier aus Anlaß der Winter-Olympiade mit

einer ansehnlichen Erleichterung des Fremdenverkehrs zu rechnen ist, dürfte für diese Gebiete eher wiederum eine Abnahme der Ablieferungen in Aussicht stehen.

Die Versorgung wird sich ohne Störungen ab, da alle Bemühungen für eine gleichmäßige Zuteilung getroffen sind.

Auf Grund der stetigen Bedarfsnachfrage wurden die Auflieferungen ohne Lagerbildung vom Verbrauch aufgenommen. Das Verlangen nach hochwertigen Rohrungsmittern sichert auch der Butter für die Zukunft einen langsam zunehmenden Absatzkreis. Daran dürften auch die Innovationsverschärfungen kaum etwas ändern. Landbuttermilch war auf den Verbrauchsmärkten etwas reichlicher und zu normalen Preisen angeboten. Die amtlichen deutsch-dänischen Verhandlungen sind noch nicht zu Ende geführt worden. Man hofft jedoch, daß von Februar ab in den Dispositionen eine Erleichterung Platz greifen kann.

Der Königsmordprozeß

Berlin, 7. Februar. In dem Prozeß gegen die Kroaten vor dem Schwurgericht in Aix-en-Provence wurde Donnerstag morgen mit der Vernehmung des zweiten Angeklagten Raitschki begonnen, nachdem der Hauptverteidiger der Angeklagten die Tätigkeit des Attentäters bemängelt und im Interesse einer leichteren Überlehung um höhere Strafen gebeten hatte.

Raitschki hat noch keinen Anwohnen Ausschlüsse bereits 1930 verlossen, sich zunächst nach Irkutsk und von dort nach Brasilien begeben. In São Paulo habe er sich einer ungarischen revolutionären Vereinigung an. Nach Europa zurückgekehrt, will er später in Bolzen einen Kroaten kennengelernt haben, der ihm den Eintritt in das Emigrantenlager von Tonha Ruhra in Ungarn ermöglicht habe. Auf die Frage des Richters, ob er nicht gewußt habe, daß dieses Lager von der Ustascha finanziert wurde, erklärte der Angeklagte, er habe es nur für ein ganz gewöhnliches Lager von Bandenkriegen angesehen.

Bei der weiteren Vernehmung des Angeklagten Raitschki stellte der Vorsitzende die Frage nach der Herkunft des auf dem Bahnhof St. Lazare in Paris gefundenen Gaffers, der dieselben Waffen enthielt, wie im Mordfall einen Mann verdeckt worden waren. Die drei Angeklagten wußten zu dieser Frage nichts auszuführen.

Auf den Einwurf des Vorsitzenden, Raitschki habe doch vor dem Attentat Geld erhalten, erwiderte der Verteidiger, man dürfe die Angeklagten wohl richten, sie aber nicht entheben. Sie seien Schuld, und 3000 Kronen seien kein Geld für einen Königmord".

Der Angeklagte Raitschki wird vernommen.

Kurz nach Beginn der Vernehmung des Angeklagten Raitschki wurde die Sitzung unterbrochen und auf den Nachmittag versetzt.

Bei Beginn der Nachmittagsvernehmung des Königmordprozesses erklärte der Angeklagte Raitschki vor seiner Vernehmung, daß er, wenn das Verhörs in derselben Art geführt werde wie bei seinen Mitangeklagten, darauf verzichten würde, zu antworten. Als der Vorsitzende dann das Verhör beginnen und ihn nach den Vorwörken im Lager Tonha Ruhra befragte,

kreuzte der Angeklagte die Arme und verweigerte jede Ausgabe.

Der Präsident verlor dann die Liste seiner Freunde, ohne daß der Angeklagte抗议te. Dann bekannte Raitschki plötzlich zu reden. Er lege ein Bekennnis zum Attentat und zum Katholizismus ab, was der Verteidiger Rechtsanwalt Saint-Hubert noch unterstrich. Der Angeklagte ließ sich dann ausführlich darüber aus, wie er zu den Verbrechen gekommen ist, und gab auch auf die Frage Antwort, wie er nach Irkutsk gekommen ist. In langer Ausführungen behauptete Raitschki, daß der eigentliche Leiter der Unternehmung der Mörder keine gewesen sei. Aber Rahmen selbst habe, bevor er nach Marfa führte, ihm nur einfach eine Möglichkeit von wenigen Tagen angedeutet, ohne sich über den Zweck seiner Reise zu informieren. Raitschki sei dann in Paris gewesen, weil Amsterdamer ihm dies befohlen habe. Beim Verlassen eines Schiffes hätten ihm die Polizei erlaubt, seine Koffer zu öffnen. Hiermit sei er erst von dem Anführer neuen König Montenegrins Kontakt erhalten und sei dann sofort nach Paris abgereist. Hiermit mit dem Verhör beendet.

Der Gerichtspräsident erklärte nun, daß die Peripherie Pommerisch, Kroatien und Persien in Abwesenheit verurteilt würden.

Ausübung des Architektenberufes

Berlin, 7. Februar. Der Präsident der Reichskammer der bildenden Künste gibt folgendes bekannt:

Infolge der vom Präsidenten der Reichskulturkammer verfügte Neuerung des Aufnahmeverfahrens werden die Vorlesungen der ersten und zweiten Anordnung betreffend den Schutz des Berufes und die Verabschaffung der Architekten vom 29. September und 29. November 1934 bis auf weiteres nicht mehr angewendet. Die Einreichung von Bauplänen bei den Baugenehmigungsbehörden unterliegt daher keiner Beschränkung. Die durch § 4 der ersten Verordnung zur Durchführung des Reichskulturkammergesetzes vom 1. November 1933 (RGBl. I, S. 797) gleichzeitig bearbeitete Einzelforderung der Architekten an die Reichskammer der bildenden Künste wird hierdurch nicht berührt. Eine Neuregelung der Ausübung des Architektenberufes, die auch den Kreis der kommerziell tätigen Architekten neu abgrenzen wird, ist in Vorbereitung.

Zwischenfälle in Karlsbad

Polizei treibt judeo-deutsche Arbeitslose mit dem Gummiknüppel auseinander.

Die judeo-deutsche Partei veranstaltete am Donnerstag in allen Bezirken des Wahlkreises Karlsbad Arbeitslosenkundgebungen, in denen Abordnete der Partei über den Kämpfen gegen das Judeo-Deutschland sprachen. In fast allen Bezirkshäusern mit Ausnahme von Görlitz, wo die Versammlung aufgelöst wurde, sind diese Kundgebungen ruhig verlaufen.

In Karlsbad war die Kundgebung, die für Donnerstagmittag einberufen war, erst am Mittwochabend — aus Gründen der öffentlichen Sicherheit — verboten worden, so daß die judeo-deutsche Partei die Arbeitslosen nicht mehr von diesem Verbot verhindern konnte. Trotzdem ging die Polizei unter Anwendung des Gummiknüppels gegen Versammlungsteilnehmer vor und nahm 10 Personen fest; die später allerdings wieder freigesetzt wurden. Der Abordnete der judeo-deutschen Partei, Möller, richtete an das Inneministerium ein Protesttelegramm. Die judeo-deutsche Partei teilt mit, daß mehrere Personen leicht verletzt worden seien.

Die angebliche Lieferung engl. Dum-Dum-Geschosse

Eine Note der englischen Regierung an das Völkerbundesschreinat.

Berlin, 7. Februar. Die englische Regierung hat eine ausführliche Note an das Völkerbundesschreinat gerichtet, in der die italienischen Mitteilungen über Lieferung englischer Dum-Dum-Geschosse nach Abyssinien zurückgewiesen werden.

Sondertreuhänder der Arbeit für die deutsche Baarrenherstellung

Berlin, 7. Februar. Der Reichs- und preußische Arbeitsminister hat den Treuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsamt Südmädeutschland zum ständigen Sondertreuhänder der Arbeit für die deutsche Baarrenherstellung bestimmt. Der Sondertreuhänder ist vor allem auch mit der Heberprüfung, Ausdeutung oder Reutfestigung der Betriebsvereinbarungen beauftragt. Die Sondertreuhänderin ist in der örtlichen Betriebsvereinigung in der deutschen Baarrenherstellung beauftragt.

Devisenprozeß in der Berufung

Berlin, 7. Februar. Am 14. August 1935 wurden vom Berliner Devisenamt sieben Schwestern der Ordensgemeinschaft vom Guten Hirten aus den Niederlassungen Berlin-Reinickendorf, Marienfelde, Beuthen, Breslau und Bodenstedt verurteilt. Es handelt sich in diesem Prozeß um Verwendung von Goldbezirken zugunsten ausländischer Devisenzulassungen des Deutschen der Schwestern zum Guten Hirten: teils waren für die Gemeinschaften Schulden bezahlt worden, teils waren sieleideende Anteile des Auslands direkt unterteilt worden. Sie aus dem Urteil des Devisenamts berichtigende gehört nach Ansicht des Gerichts der Fall der Schwestern vom Guten Hirten zu denen, die minder zu betrachten sind. Denn nur bei einer der angeklagten Schwestern war vorstehendes Devisenvergehen als erwiesen angenommen worden, bei den übrigen wenigstens.

Am einzelnen hatten die vom Devisenamt als erste Strafe ausgesprochenen Strafen gekauft: 1. wegen die Oberin des Berlin-Reinickendorfer Klosters Margarethe Bickmann wegen fortgesetzter vorjähriger ausländischer Devisenzulassungen 2. wegen die Provinzialoberin des Klosters Marienfelde Anna Garde mann und 3. wegen die Oberin des Klosters Berlin-Marienfelde auf je 100 Mark Goldstrafe, 4. wegen die Schwestern Hildegard und Maria Schröder, die Schwestern Hildegard und Maria Schröder vom Kloster Bodenstedt auf je 100 Mark Goldstrafe, 5. wegen die Oberin des Breslauer Klosters Helene Grafe auf 50 Mark Goldstrafe, 6. wegen die Oberin des Breslauer Klosters Maria Schröder auf 100 Mark Goldstrafe, 7. wegen die Oberin des Klosters Bodenstedt in Westfalen, Maria Cremann auf 100 Mark Goldstrafe.

Auf die Berufungsverhandlung, die am Donnerstag vor dem Devisenamt des Berliner Landgerichts begann, waren die angeklagten Schwestern Margarethe Bickmann und Maria Schröder vom Ertheilen vor Bericht bestellt.

Selbstmord eines ehem. ungar. Staatssekretärs nach der gerichtlichen Verurteilung

Budapest, 7. Februar. Der gewesene Staatssekretär im Volkswohlfahrtsministerium Dr. Emmerich Dreher, der am Donnerstag in leichter Insanz zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, ist plötzlich gestorben. Wie nunmehr feststeht, hat der gewesene Staatssekretär Selbstmord begangen. Er hat sich, als er die Nachricht über das rechtshärtige Urteil erhielt, in einem unbewachten Augenblick vergraben.

Emmerich Dreher war vom Jahre 1923 bis 1931 Staatssekretär im Volkswohlfahrtsministerium. Im Jahre 1931 wurde er wegen verschiedener Missbräuche, die er in seiner Eigenschaft als Staatssekretär begangen hatte, unter Anklage gestellt. Es wurde ihm zur Last gelegt, erstens den Betrag von 28.000 Pengü, der ihm für die Zwecke der Unterstützung der Familie des verstorbenen Ministers Pál zur Verfügung gestellt worden war, für andere Zwecke, namentlich zur Sanierung eines Postbankhauses, verwendet zu haben. Zweitens habe er ein größeres Objekt für Staatszwecke nicht vom Eigentümer, sondern unter Vermittlung eines Agenten mit bedeutenden Wechselposten gehabt, wodurch der Staatshaushalt um einen bedeutenden Betrag geschädigt worden sei. Diese beiden Hauptanklagepunkte schließen sich auch in der Anklageerhebung noch verschlie-

cken. Die Kurie ordnete als höchste Instanz ein Wiederaufnahmeverfahren an, das noch im Jahre 1935 durchgeführt wurde und damit endete, daß die Kurie ihr Urteil auf zweieinhalb Jahre Zuchthaus bestätigte. Anfolge einer neuenartigen Berufung kam die Angelegenheit nochmals vor die Kurie. Die nunmehr ihr auf dreieinhalb Jahre Zuchthaus lautendes rechtskräftiges Urteil steht.

Der Mann im Kamin

Wie einem Kirchendiens das Handwerk gelegt wurde

Durch die Aufmerksamkeit eines Polizeibeamten konnte dieser Tag in einer Kirche in der Gegend von Waidhofen a. d. Thaya einem Verbrecher das Handwerk gelegt werden.

Der in einem kleinen Häuschen an der Kirche wohnende Kirchendiens hätte gegen Mittwochabend ganz deutlich, wie jemand durch eine Seitenöffnung in das Gotteshaus eindrang. Der Mann bedrohte sofort die Polizei, die auch bald an Ort und Stelle eintraf. Man drang in die Kirche ein, konnte aber trotz eifrigster Suchens niemanden entdecken. Die Beamten schlichen sich bereits an, den Raum wieder zu verlassen, als einer von ihnen plötzlich bemerkte, daß vor dem Kamin Rauch verdrang. Man öffnete den Zugang zum Kamin und entdeckte darin nun einen Mann, der hier versteckt hatte. Bei seiner Untersuchung wurden neben Diertränen auch kleine Goldobjekte und eine Kleidermasse vorgefunden, die dazu dienen sollte, das gelöschte Geld aus den Opferbüchern herauszuholen.

Der Dieb hörte als ein bereits vorbelasteter Delikte aus Waidhofen festgestellt werden. Er wird sich jetzt vor dem Richter zu verantworten haben.